

Positionspapier des Stadtjugendring Hannover e.V. zur Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hannover

In diesem Positionspapier des Stadtjugendring Hannover e.V. möchten sich die in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) tätigen Akteur*innen mit der Zukunft der OKJA der Landeshauptstadt Hannover (LHH) auseinandersetzen. Im Hinblick auf die finanzpolitischen Entwicklungen auf kommunaler Ebene sowie der geplanten Umstrukturierung der OKJA durch den Roadmap-Prozess, ist es dringender denn je geboten, sich die Frage zu stellen, wie eine funktionierende und bedarfsorientierte OKJA in der LHH aussehen sollte.

In diesem Papier sind sowohl die Expertise und Praxiserfahrungen der beteiligten Fachkräfte als auch aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse eingeflossen und berücksichtigt.

1. Kostensteigerungen und Gehalt:

- Seit Jahren leidet der soziale Sektor unter einer Prekarisierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Mittlerweile verdienen Fachkräfte im Sozialsektor im Schnitt **17% weniger** als Fachkräfte in anderen Sektoren. (vgl. IBA, 2024).

Auch in Hannover sind die Auswirkungen dieser Entwicklung spürbar:

- Durch notwendige Gehaltssteigerungen (aufgrund der Tarifierhöhungen und einer gleichzeitig **fehlenden inflationsabbildenden Dynamisierung** der Personalkosten) in den Zuwendungen, kommt es zu einer immer stärker defizitären Finanzierungssituation der Einrichtungen der OKJA. Der zu erbringende Eigenanteil der Träger wird durch diese Dynamik immer größer und kann aber nicht aus sich selbst herausgebildet werden. Die Träger befinden sich, im Hinblick auf ihren Eigenanteil, bereits jetzt an der Grenze des Möglichen und sind **gegenüber dem städtischen Träger zunehmend schlechter gestellt**.
- In der Konsequenz müssen Stellenanteile aufgrund von unzureichenden Zuwendungen gekürzt werden, um mit den TVöD-Steigerungen mitgehen zu können.
- Die Folge: **Reduzierung der Öffnungszeiten auf Kosten von jungen Menschen und ihren Bedarfen**. Das fehlende politische Gegensteuern stellt dabei eine Verletzung der Pflichtaufgaben des Angebots der OKJA dar.
- Auch bei den Sachkosten (Miet- und Energiekosten, Honorarmittel und Aufwandsentschädigungen, Lebensmittel, Ersatzbeschaffungen, etc.) **fehlt eine realistische und an den Bedarfen ausgerichtete Dynamisierung** der zur Verfügung stehenden Mittel. Inflations- und krisenbedingte Kostensteigerungen können nicht aufgefangen werden und führen zu einer immer geringeren Handlungsfähigkeit. Deshalb nimmt die Beantragung zusätzlicher Projektmittel seit vielen Jahren immer mehr Zeit- und Personalressourcen in Anspruch. Diese Zeit fehlt auf der anderen Seite für die Adressat*innen der Angebote.
- Darüber hinaus sehen sich freie Träger durch den **Durchschnittsbemessungssatz** des Landes Nds. mit einer **immer stärker defizitären Finanzierungssituation** konfrontiert. Aufgrund der fehlenden Planungssicherheit durch den Durchschnittsbemessungssatz ist

es den freien Trägern unmöglich, ihre Finanzierung im Voraus verbindlich zu planen und sie befinden sich in einer Abhängigkeit der Lohndynamik der LHH. Durch eine sinkende Bemessungsgrenze steigen Eigenanteile bei eventuell gleichzeitiger Kostensteigerung. Der Durchschnittsbemessungssatz ist eine generelle Schlechterstellung der freien Träger gegenüber dem städtischen Träger.

2. Fachkräftemangel:

- Aufgrund der seit Jahrzehnten unzureichenden Zuwendungen, der damit einhergehenden nicht kostendeckenden Finanzierung und der daraus resultierenden immer geringeren Attraktivität der Arbeitsbedingungen, wird es zunehmend **schwieriger Stellen zu besetzen** und neues Personal für das Berufsfeld zu gewinnen. In einer Befragung aus dem Jahr 2024 gaben **94% der befragten Einrichtungen** an, dass es schwierig ist, pädagogische Fachkräfte mit den notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen zu finden. Daraus resultierend mussten 29% der befragten Einrichtungen Öffnungszeiten aufgrund von Personalmangel kürzen (Voigts, 2024).
- Nicht-besetzte Stellen und hohe Fluktuationen in den Einrichtungen führen dazu, dass die verbleibenden Kolleg*innen unter immer höherem Druck stehen und die Adressat*innen der OKJA vermehrt Beziehungsabbrüche erleben.
- Die Abhängigkeit der OKJA von unsicheren Zuwendungen setzt das System und die Kolleg*innen zusätzlich unter immensen Druck und verursacht Unsicherheiten, welche in der Konsequenz zu einer weiteren Prekarisierung des Arbeitsfeldes führen.
- Die vorherrschenden Arbeitszeiten und Arbeitsbelastungen tragen nicht zu einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei.
- Dabei sollte allen klar sein: Die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen der OKJA sind qualifizierte Fachkräfte, deren Arbeit eine **adäquate Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen** erfordert. Diese finanziellen Rahmenbedingungen müssen einen angemessenen Lebensunterhalt ermöglichen.

3. Auswirkungen und Folgekosten eines weiteren Abbaus der OKJA:

- Wenn es zu einem weiteren qualitativen und quantitativen Abbau in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit kommt, **fehlen Jugendlichen geschützte Räume** zur Selbstverwirklichung und dringend erforderliche Unterstützungsstrukturen. Somit können Bedarfe nicht ausreichend (präventiv) aufgefangen werden. **So ist eine höhere Notwendigkeit von kostenintensiveren Unterstützungsleistungen der Hilfen zur Erziehung zu erwarten.**

Neben der finanziellen Dimension ist auch das gesellschaftliche Zusammenleben betroffen.

- Eine Analyse von 166 Wahlen in Europa seit 1980 zeigt, dass Sparmaßnahmen zum einen die Wahlbeteiligung schwächen und zum anderen die Stimmen für populistische Parteien erhöhen und damit die Polarisierung des Parteiensystems verstärken. "Eine Reduzierung

der regionalen öffentlichen Ausgaben um 1% führte zu einem Anstieg des Stimmenanteils extremer Parteien um etwa 3 Prozentpunkte." (vgl. Hübscher et al., 2023)

- Sparmaßnahmen trugen in der Vergangenheit also "zu einem Gefühl der Trennung von den etablierten politischen Parteien und Institutionen bei und ermutigten die Wähler dazu, extremere politische Positionen zu unterstützen oder sich an Protestwahlen zu beteiligen". (Gabriel et al., 2023). Aber: **"Eine Ausweitung regionaler Förderung kann den Stimmenanteil populistischer Parteien auch reduzieren."** (Cremaschi et al., 2023)
- Es wird somit deutlich, dass Kürzungen in der öffentlichen Infrastruktur ein Risiko für unser gesellschaftliches und demokratisches Zusammenleben darstellen. Im Hinblick auf diese Erkenntnisse bleibt die Frage: In welcher Gesellschaft wir leben wollen? Soll das Risiko einer Segregation der Gesellschaft eingegangen werden? Was würde es gesellschaftlich und ökonomisch kosten, wenn junge Menschen aufgrund fehlender Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch sämtliche Raster rutschen? Konkret würden ohne die präventiv wirkende Offene Kinder- und Jugendarbeit aller Voraussicht nach die **Fallzahlen in den Hilfen zur Erziehung steigen** sowie eine **Zunahme von Jugenddelinquenz** und der Kostenaufwand für Umsetzung von Strafmaßnahmen und -vollzug zu verzeichnen sein.

Wer möchte dafür Verantwortung tragen?

4. Was folgt für uns daraus?

- Das Arbeitsfeld und die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit dürfen nicht noch stärker abgebaut und prekariert werden.
- Stattdessen bedarf es einer finanziellen und gesellschaftlichen Aufwertung des Berufsfeldes und dessen Rahmenbedingungen.
- Dies muss zu einer Wiederherstellung der Attraktivität für Träger und Mitarbeiter*innen der OKJA durch Gleichstellung in den Rahmenbedingungen gegenüber denen des städtischen Trägers führen.
- Die Jugendhilfeplanung muss sich an den Bedarfen junger Menschen ausrichten (§80 SGB VIII), dafür müssen die notwendigen Mittel unabhängig von finanzpolitischen Vorgaben bereitgestellt werden.
- Die Jugendhilfeplanung muss dafür im Jugendhilfeausschuss, als Ausschuss des besonderen Rechts (§§ 71, 80 SGB VIII), fachlich diskutiert und beschlossen werden.
- Es braucht eine politische Anerkennung der OKJA als unverzichtbaren Bestandteil des Jugendhilfesystems und als gesetzlich vorgegebene Pflichtleistung.
- Der Umfang an personellen und finanziellen Ressourcen muss an das fachliche Aufgabenprofil angepasst werden, sodass sich die OKJA ihren gesetzlich vorgesehenen Kernaufgaben widmen kann.

5. Quellen:

- Cremaschi, S., Rettl, P., Cappelluti, M., De Vries, C. (2023). *Geographies of Discontent: Public Service Deprivation and the Rise of the Far Right in Italy*. Harvard Business School
- Duque Gabriel, R., Kleinand, M., Pessoa, A. (2023). *The Political Costs of Austerity*. Sveriges Riksbank.
- Hübscher, E., Sattler, T., Wagner, M. (2023). *Does Austerity Cause Polarization?* British journal of political science.
- Voigts, G., Hallmann, J. (2024). *Fachkräftesituation in der Kinder- und Jugendarbeit*. Beltz.

Gemäß dem Beschluss vom Hauptausschuss des Stadtjugendring Hannover e.V. am 29.08.2024.